



Wissenschaftsausschuss

10. Sitzung (öffentlich)

21. Februar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:30 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes NRW –
Gebührenfreiheitsgesetz (Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die
Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen)**

5

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/85
Ausschussprotokoll 17/86

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drucksache 17/85 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen ab.

2 Präventionsmaßnahmen gegen Neosalafismus in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verankern und ausbauen **12**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/472
Ausschussprotokoll 17/150

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 17/472 – ohne Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss zu beenden.

3 30 Jahre Erasmus-Austausch in Nordrhein-Westfalen – bildungspolitischen Austausch weiter entwickeln **13**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1441

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung über den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/1441 – ohne Votum zu beenden, um der Initiative der Fraktionen von CDU und FDP, im federführenden Ausschuss für Europa und Internationales einen gemeinsamen Antrag zu erreichen, nicht im Wege zu stehen.

4 Aktueller Stand des Aufbaus eines landesweit einheitlichen Bibliotheksmanagementsystems für die Hochschulen (siehe Anlage 1) **14**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/540

5 Arbeitsplanung des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft für das Jahr 2018 (siehe Anlage 2) **16**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/530

- 6 Stickstoffoxid-Studie an der Uniklinik Aachen – Sachstand und weitere Handhabung durch die Landesregierung (siehe Anlage 3) 17**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/532
- 7 Eckpunkte der Landesregierung zur Reform des Hochschulgesetzes (siehe Anlage 4) 25**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/531
- 8 Verschiedenes 28**
- a) Situation der Beschäftigten am Universitätsklinikum Düsseldorf**
Vorlage 17/510
- b) Sachstand HSP-Mittel**
- c) Datenschutzgrundverordnung**

8 Verschiedenes

a) Situation der Beschäftigten am Universitätsklinikum Düsseldorf

Vorlage 17/510

Dietmar Bell (SPD) dankt für den Bericht, der die Problematik der Arbeitszeitänderung ohne Einhaltung des Mitbestimmungsverfahrens erkläre. Er bitte zusätzlich um eine rechtliche Bewertung des Sachverhalts seitens des Ministeriums.

(Der erbetene Bericht liegt als Vorlage 17/652 vom 19. März 2018 vor.)

b) Sachstand HSP-Mittel

Der Abgeordnete bittet zweitens um einen Bericht zum Stand der Abrechnung der HSP-Mittel. Der Entwurf des Koalitionsvertrags auf Bundesebene enthalte eine Verstetigung der HSP-Mittel; ihn interessierten Informationen zum aktuellen Sachstand. – **Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** sagt den erbetenen Bericht zu.

(Der erbetene Bericht liegt als Vorlage 17/621 vom 7. März 2018 vor.)

c) Datenschutzgrundverordnung

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) verweist auf eine Stellungnahme der Universitäten zur Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung, die den Obleuten der Fraktionen in der vergangenen Woche zugegangen sei.

Seit dem Vortag liege zudem der Gesetzentwurf der Landesregierung vor, über den bereits in der kommenden Woche im Plenum debattiert werde. Angesichts des knappen Verfahrens bitte er um einen Bericht dazu, welche Punkte der Hochschulen Aufnahme in den Gesetzentwurf gefunden hätten und warum andere Punkte nicht eingearbeitet worden seien.

Es handle sich um ein sehr spezifisches Thema, weshalb er vorab ankündige, der Landesregierung im Laufe der nächsten Tage einen Fragenkatalog zukommen zu lassen, um dessen Beantwortung er bis zur Beratung im Ausschuss bitte. Er habe großes Verständnis dafür, dass das angesichts der rechtlich komplexen Materie eines gewissen Vorlaufs bedürfe.

(Der erbetene Bericht liegt als Vorlage 17/630 vom 9. März 2018 vor.)

gez. Helmut Seifen
Vorsitzender

4 Anlagen

10.04.2018/17.04.2018

160

